

Spaniens Oberster Gerichtshof entscheidet gegen die Verwendung von Impfpässen, um den Zugang zu öffentlichen Räumen einzuschränken

Es ist das erste Mal, dass ein oberstes Gericht eines europäischen Mitgliedstaats die Verwendung von Impfstoffpässen im Inland angefochten hat.

Von [Nick Corbishley](#)

Globale Forschung, 25. August 2021

[nackter Kapitalismus](#) 24. August 2021

Region: [Europa](#)

Thema: [Recht und Gerechtigkeit](#)

Alle Artikel von Global Research können in 51 Sprachen gelesen werden, indem das Dropdown-Menü „Website übersetzen“ im oberen Banner unserer Homepage (Desktop-Version) aktiviert wird.

Besuchen und folgen Sie uns auf Instagram unter [@crg_globalresearch](#).

Spaniens Oberster Gerichtshof hat letzte Woche geschlagen, als er als erste Justizbehörde in Europa gegen die Verwendung von Covid-Pässen zur Beschränkung des Zugangs zu öffentlichen Räumen – insbesondere Gastgewerbe (Bars, Restaurants und Nachtclubs) – entschieden hat. Es ist nicht das erste spanische Gericht, das gegen Impfpässe ausspricht, aber es ist das wichtigste. Bisher haben nur fünf der 17 autonomen Regionen Spaniens – die Kanarischen Inseln, Ceuta und Melilla, Andalusien, Kantabrien und Galicien – vorgeschlagen, Impfpässe zu verwenden, um den Zugang zu öffentlichen Räumen einzuschränken. Und alle wurden von lokalen Richtern abgelehnt.

Der Green Pass der EU ist ein einteiliges QR-Code-Dokument, das einem Reisenden sowohl in Papier- als auch in digitaler Form ausgestellt werden kann. Es soll nachgewiesen werden, dass der Inhaber entweder einen der vier von der Europäischen Arzneimittelagentur zugelassenen Impfstoffe (BioNTech-Pfizer's, Moderna's, AztraZeneca's und Johnson &Johnson's) erhalten hat, in den letzten 48 Stunden negativ auf Covid-19 getestet wurde oder sich in den letzten sechs Monaten mit Covid infiziert und verfügt daher über eine natürliche Immunität. Einige Länder wie Frankreich haben sich jedoch dafür entschieden, nur vollständig geimpften Reisenden die Einreise zu ermöglichen.

Viele Regierungen verwenden die Dokumente auch, um den Zugang ungeimpfter Bürger zu öffentlichen Räumen und Diensten mit ihren eigenen Ländern einzuschränken. Bisher haben spanische Richter diesen Trend jedoch mit der Begründung angefochten, dass er bestimmte verfassungsrechtlich anerkannte Persönlichkeitsrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Privatsphäre verletzen und gleichzeitig nur begrenzte Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit haben würde. Die Obersten Gerichte von Andalusien und Ceuta und Melilla erklärten, die Maßnahmen seien ebenfalls diskriminierend. Als sich der Oberste Gerichtshof Andalusiens in ihrer Berufung gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen des Impfstoffpasses der Region auf die Seite lokaler Gastgewerbetriebe stellte, brachte die regionale Behörde den Fall vor den nationalen Obersten Gerichtshof. Und verloren.

Bei der Entscheidung der Gerichte können auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Spaniens Gastgewerbe generiert eine riesige Menge Geld und eine große Anzahl von Arbeitsplätzen, insbesondere während der touristischen Hauptaison (dh gerade jetzt). Der Sektor hat bereits die dreimonatige nationale Sperrung des letzten Jahres sowie sporadische regionale Sperren durchgemacht. Selbst mit der Einführung von Impfpässen kommen Besucher aus Übersee weiterhin in Tröpfchen und Trübsal an. Wie im letzten Jahr ist es die Binnennachfrage, die viele Unternehmen am Leben hält. Und die Begrenzung dieser Nachfrage wird wahrscheinlich noch mehr wirtschaftliche Probleme verursachen.

Verfassungsrechtliche Auseinandersetzungen

Dies ist jedoch nicht das erste Mal, dass Spaniens Regierung und regionale Behörden mit der Justiz über die Bewältigung der Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit gestritten haben. Da Spanien seinen Alarmzustand am 9. Mai endete die hohen Gerichte in der Region Valencia, die Balearen, Katalonien, haben die Kanarischen Inseln und andere Teile Spaniens regionale Behörden verhinderten eine Reihe von anti-Covid Einschränkungen der Anwendung, einschließlich Ausgangssperren und Beschränkungen für gesellschaftliche Zusammenkünfte mit der Begründung, es sei verfassungswidrig, Grundrechte zu verletzen, wenn kein Alarmzustand mehr bestehe.

Dann, am 14. Juli, lieferte Spaniens höchste Justizbehörde, das Verfassungsgericht, einen weiteren Hammerschlag, indem es entschied, dass Spaniens Coronavirus-Alarmzustand die ganze Zeit über verfassungswidrig war. Die Regierung hätte stattdessen den Ausnahmezustand ausrufen sollen – der vorherigen Zustimmung des Parlaments bedarf – um die Grundrechte für den landesweiten Lockdown zu beschneiden.

In seinem Urteil vom 18. August gegen die Verwendung des digitalen Covid-Zertifikats zur Gewährung oder Verweigerung des Zugangs zu Veranstaltungsorten des Nachtlebens sagte der Oberste Gerichtshof, es gebe keine ausreichende „substanzielle Rechtfertigung“ für die Anforderung eines Gesundheitspasses in Bars und Nachtclubs in der gesamten Region von Andalusien. Er sieht es eher als „präventive Maßnahme“ denn als notwendige Maßnahme. Stattdessen heißt es, die Maßnahme „beeinträchtige restaktiv grundlegende Elemente der Freizügigkeit und des Versammlungsrechts“.

Interessanterweise sagte der Oberste Gerichtshof auch, dass die Verwendung von Impfstoffpässen zur Kontrolle des Zugangs zu öffentlichen Räumen und Diensten möglicherweise nicht einmal dazu beiträgt, Infektionen zu verhindern. Tatsächlich kann es sie verschlimmern, da neuere Untersuchungen gezeigt haben, dass Menschen, die geimpft oder zuvor mit Covid-19 infiziert wurden, das Virus immer noch anstecken und verbreiten können. Daher schützt die Einführung eines Impfpasssystems andere nicht vor einer Infektion, einschließlich derer, die sich Zugang zu einem öffentlichen Raum verschaffen, indem sie ein negatives Ergebnis eines PCR-Tests vorlegen. Ein solches Dokument, so das Gericht, „beweise nur, dass diese Personen zum Zeitpunkt des Tests nicht das aktive Virus trugen“.

@StopReset: Dazu braucht es keine Tests. Seit dem Test ist auch schon wieder Zeit vergangen

Inzwischen ist klar, wie Yves am Freitag akribisch dargelegt hat, dass die Impfstoffe nicht das sind, wofür sie gedacht waren. Ihre Wirksamkeit lässt schnell nach und ist besonders gegenüber der Delta-Variante erschöpft. Untersuchungen haben auch gezeigt, dass die Viruslasten von Geimpften und Ungeimpften in Bezug auf die Delta-Variante nahezu identisch sind. Wenn also eine geimpfte Person und eine ungeimpfte Person ungefähr die gleiche Fähigkeit haben, das Virus, insbesondere in seiner Delta-Form, zu tragen, auszuscheiden und zu übertragen, welchen Unterschied macht die Einführung eines Impfpasses, einer Impfbescheinigung oder eines Impfausweises tatsächlich für die Verbreitung des Virus?

Diese Frage stellen sich jetzt vielleicht viele der Besucher des Boardmasters' Music Festival in Großbritannien. Um an der Veranstaltung teilnehmen zu können, mussten sie mit ihrem NHS-Pass einen kürzlichen negativen Test, eine vollständige Impfung oder eine Covid-Infektion in den letzten 180 Tagen nachweisen – mit anderen Worten, fast genau die gleichen Bedingungen, die der Green Pass der EU erfordert. Die Organisatoren der Veranstaltung scheinen alles nach Vorschrift gemacht zu haben, doch etwa eine Woche nach dem Festival waren fast 5.000 Covid-Fälle potenziell mit der Veranstaltung in Verbindung gebracht worden. Die Stadt, in der sie stattfand, Newquay, wurde Englands „Covid-Hauptstadt“ und registrierte in der Woche bis zum 14. August bis zu 1.110 Fälle pro 100.000 Menschen – fast das Vierfache der durchschnittlichen Rate im Land.

@StopReset: Man nehme einen Test, der nicht zwischen Influenza und Corona unterscheiden kann ...

Heftiger öffentlicher Widerstand

Das Urteil des spanischen Obersten Gerichtshofs bezieht sich nur auf Andalusien. Aber es macht wahrscheinlich wenig Sinn, dass eine der anderen 16 spanischen Regionalregierungen auch nur

versucht, Covid-Gesundheitspässe in ihrem Hoheitsgebiet für andere Zwecke als für Auslandsreisen zu verwenden. Würden solche Maßnahmen eingeführt, wären sie wahrscheinlich nur für kurze Zeit in Kraft, bevor ein Gericht sie auf Eis legen würde.

Im Rest der EU sieht das ganz anders aus. Auch wenn immer mehr Beweise dafür vorliegen, dass die derzeitige Impfstoff-Ernte die Verbreitung der Delta-Variante nicht sehr wirksam eindämmen kann und dass sogenannte „Durchbruchsfälle“ bei weitem nicht so selten sind, wie der Begriff vermuten lässt, beschleunigen und erweitern die meisten Regierungen ihre Verwendung von Impfpässen und -mandaten. Zweiundzwanzig von 27 EU-Mitgliedstaaten verlangen bereits für den Zutritt zu Restaurants, Bars, Museen, Bibliotheken und anderen öffentlichen Orten einen grünen Gastgewerbeausweis oder ähnliche Gesundheitspässe.

In Frankreich sind Personen ohne Pass von den Außenterrassen von Cafés, Bars und Restaurants verboten. Sie dürfen nicht einmal Krankenhäuser betreten, außer für Notfälle. Bis Ende August müssen viele Beschäftigte der Privatwirtschaft im öffentlichen Dienst geimpft werden. Die Impfung wird bis zum 15. September auch für alle französischen Gesundheitspersonal obligatorisch. Die Regierung besteht darauf, dass der Pass erforderlich ist, um die Impfaufnahme zu fördern und eine vierte nationale Sperrung zu vermeiden. Aber für viele Demonstranten stellt die neue Gesetzgebung alles dar, wogegen eine konstitutionelle Republik wie Frankreich stehen sollte: autoritäre Kontrolle, Diskriminierung, Verweigerung des Zugangs zu grundlegenden Freiheiten und Dienstleistungen, Bildung und Gesundheitsversorgung.

Der Widerstand unter den Impfzögern bleibt heftig. Für den sechsten Samstag, Hunderttausende von Menschen stellte sich heraus, in Städten und Gemeinden in ganz Frankreich ihre Wut auf die Regierung zunehmend repressive Impfstoff Gesetze zu entlüften. Wenn überhaupt, werden sich die Demonstrationen wahrscheinlich in den kommenden Wochen intensivieren, wenn Studenten – oft ein wichtiges Zahnrad in französischen Protestbewegungen – an die Universität zurückkehren und impfunwillige öffentliche Bedienstete beginnen, über ein Leben ohne Einkommen nachzudenken.

Auch in Italien, Griechenland und Deutschland fanden Großdemonstrationen statt. In der lettischen Hauptstadt Riga gingen am Mittwochabend 5.000 Menschen auf die Straße, um gegen die Pläne der Regierung zu protestieren, die Impfung für bestimmte Berufe obligatorisch zu machen und Arbeitgebern zu erlauben, Arbeitnehmer zu entlassen, die sich weigern, gestochen zu werden. Es soll die größte Demonstration in Lettland seit 2009 gewesen sein.

Eine kafkaeske Wendung

In Spanien ist mittlerweile alles eher ruhig. Gegen die Impfpässe gibt es nur wenige Proteste, da ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben nicht zu spüren sind. Die meisten Menschen über 30 sind sehr glücklich über die Impfung – so sehr, dass Spanien mit 67% seiner vollständig geimpften Bevölkerung den vierten Platz in der Rangliste der weltweit am meisten geimpften Länder der Universität Oxford Our World in Data einnimmt. Darüber hinaus muss Spanien seine Impfkampagne noch nicht zum Stillstand bringen, wie dies bereits in Ländern wie den USA, Israel, Deutschland und Frankreich geschehen ist. Angesichts der Tatsache, dass spanische Einwohner in so großer Zahl geimpft werden, besteht wohl noch weniger Bedarf, im Inland Impfpässe zu verwenden. Fernando García López, der Präsident der Ethikkommission für Forschung am Gesundheitsinstitut Carlos III in Madrid, argumentiert, dass es besser sei, „überzeugen statt zu zwingen, etwas, das polarisieren kann“, und fügt hinzu, dass es in Spanien „keine größeren Impfgegner“ gibt Gruppe, gegen die wir kämpfen müssen, wie es an anderen Orten geschieht.

Aber das hat die Pässe nicht davon abgehalten, für Tausende von spanischen Einwohnern bereits einen kafkaesken Albtraum zu schaffen. Während der jüngsten Viruswelle war die Grundversorgung des Landes so überlastet, dass Ärzte und Krankenschwestern in vielen Teilen des Landes begannen, die viel schnelleren (und viel billigeren) Antigentests zu verwenden, um Patienten auf Infektionen zu untersuchen. Das einzige Problem ist, dass Sie für das EU-Gesundheitszeugnis aufgrund einer natürlichen Infektion einen positiven PCR-Test haben müssen; die Ergebnisse von Antigentests werden nicht anerkannt.

Und das bedeutet, dass es jetzt Tausende von Menschen in Spanien gibt, die in der Schwebe sind. Sie alle hatten kürzlich eine Covid-Infektion, was bedeutet, dass sie eine natürliche Immunität haben sollten. Und das bedeutet, dass sie sich für den Green Pass der EU qualifizieren sollten. Aber weil Spaniens Gesundheitsbehörden bei ihnen den falschen Test verwendet haben (vermutlich aus Versehen), tun sie es nicht. Laut EU hatten diese Menschen nie Covid. Wenn Brüssel für sie keine Ausnahme macht, was ziemlich unwahrscheinlich erscheint, werden sie jetzt größere Schwierigkeiten haben, in andere Teile Europas zu reisen.

Es ist nur ein Beispiel dafür, wie willkürlich das Leben in der „neuen Normalität“ werden kann, die sich um uns herum formt. Da Regierungen mehr Macht und Autorität über unser Leben ausüben, genügt ein einfacher administrativer Fehler, damit die Bürger plötzlich nicht in der Lage sind, in andere europäische Länder einzureisen oder in ihrer Heimatstadt auch nur auf öffentliche Plätze und grundlegende Dienstleistungen zuzugreifen. Und wie wir seit Beginn dieser Pandemie immer wieder gesehen haben, neigen Regierungen und Behörden regelmäßig dazu, Fehler zu machen.

*

Hinweis an die Leser: Bitte klicken Sie oben oder unten auf die Share-Buttons. Folgen Sie uns auf Instagram, @crg_globalresearch. Leiten Sie diesen Artikel an Ihre E-Mail-Listen weiter. Crosspost auf Ihrer Blog-Site, in Internetforen. usw.

Quelle: <https://www.globalresearch.ca/spain-supreme-court-rules-against-using-vaccine-passports-restrict-access-public-spaces/5753965>
20210828 DT (<https://stopreset.ch>)